



Koalitionsvertrag unter die Lupe genommen

Die Landtagswahlen sind gelaufen, die Koalitionsverhandlungen auch. In den nächsten Jahren regiert demnach Schwarz-Grün das Land. Wir haben mal einen Blick in die Kapitel zur Inneren Sicherheit des Koalitionsvertrages geworfen.

Dort steht zu lesen, dass man der Polizei mit einem „Dreiklang aus mehr Personal, moderner Ausstattung sowie rechtsstaatlichen Kompetenzen“ den Rücken stärken will. Das hört sich zunächst einmal gut an.

Zum Personal ist nachzulesen, dass es einen „angemessenen“ Personalzuwachs innerhalb der Landespolizei geben soll. Aha, also schon der erste Weichmacher. Was „angemessen“ ist, wird also mit der Finanzministerin noch auszuhandeln sein. Gut ist, dass zusätzliche Personalbedarfe für den „digitalen Raum“ anerkannt werden. Das ist in der Tat nichts, was Polizei bei gleichbleibendem Personalkörper noch so nebenbei erledigen kann. Interessant wird es, bei den bestehenden Strukturen des Tarifrechts genügend Fachleute für die Polizei zu be-

geistern, die dann auch bleiben, weil sie vernünftig verdienen.

Ziemlich unverständlich ist, dass man im Koalitionsvertrag die „niedrigste Zahl erfasster Straftaten in der PKS seit 1970“ anführt. Es dürfte zu erwarten sein, dass zumindest Innenpolitiker*innen mit den Erfassungsrichtlinien der PKS vertraut sind und einfach mehr Straftaten in einem Phänomenbereich anfallen, der in der PKS schlicht nicht erfasst wird, Stichwort Cybercrime. Die Wahrscheinlichkeit für die Bürger, Opfer einer Straftat zu werden, ist nicht signifikant gesunken, nur weil der Betrüger heutzutage aus einem Callcenter außerhalb Deutschlands tätig wird.

Erfreulich ist auch, dass die Fortsetzung des Aufbaus der 2. Einsatzhundertschaft beschlossen wurde. Die 2. Einsatzhundertschaft ist eine langjährige DPoIG-Forderung und sie ist wichtig. Der Einzeldienst muss von geschlossenen Einsätzen entlastet werden. Dennoch ist festzustellen, dass eine zusätzliche Stärkung des operativen Geschäftes nicht explizit aufgeschrieben wurde. Die polizeiliche Präsenz vor Ort, die Ermittlungen im Bereich der Straftaten vor Ort sind nach wie vor defizitär besetzt.

Hingegen ist die Festlegung, wo sachdienlich und aus Sicherheitsgründen erforderlich geschlossene Polizeidienststellen wieder zu öffnen, ziemli-



© DPoIG SH

> Torsten Gronau, Landesvorsitzender

cher Unfug. Das erweckt mit Sicherheit regionale Begehrlichkeiten. Der Rückzug der Polizei aus der Fläche war falsch. Aber ohne zusätzliches Personal würde die Wiedereröffnung von Dienststellen nur bedeuten, dass man eine zu kurze Decke in eine andere Richtung zieht. Die überörtlichen Präsenzkonzepte müssen ja weiter bedient werden.

Kommen wir zur Ausstattung. Ja, die Einführung von dienstlichen Smartphones hätte schon in der letzten Legislaturperiode abgeschlossen sein sollen, da muss Geschwindigkeit rein. Auf die recht allgemein gehaltene „Modernisierung der Ausstattung“ sind wir gespannt. Das Bekenntnis für modernere Liegenschaften ist schnell dahingeschrieben, in Wirklichkeit ist das ein gigantisches Vorhaben, dass durch komplizierte Strukturen in Genehmigung, Planung und Finanzierung ein Bürokratiemonster geworden ist. Wir haben noch haufenweise Bruchbuden in Betrieb.

Zum Thema „Bodycam“ muss man zweimal lesen, um sich der Tragweite der Koalitionsvereinbarung bewusst zu werden. Ja zur Bodycam von der Koalition. Auch über die Nutzung in Wohnungen scheint man sich unter engen Voraussetzungen einigen zu können.

Der harmlos wirkende Nebensatz, dass „gleichermaßen“ der Schutz von Polizist*innen vor Gewalt auch der Schutz der Bürgerinnen und Bürger in ihren Freiheitsrechten durch Bodycam sichergestellt werden soll, birgt Brisanz. Das interpretieren wir nicht anders, als dass Bodycams künftig standardmäßig mitlaufen sollen und durch die Videoaufzeichnungen polizeiliches Handeln zu überprüfen sein wird. Big Brother is watching you.

Sehr erfreulich ist, dass künftig die Polizeizulage wieder ruhegehaltsfähig werden soll. Damit reiht sich Schleswig-Holstein in eine Reihe mit dem Bund und anderen Bundesländern, die das bereits beschlossen haben. Das macht auch Sinn, denn die besonderen beruflichen Belastungen enden nicht mit der Ruhestandssetzung.

Zu Möglichkeiten der Personalentwicklung sind einige Absichtserklärungen nachzulesen, denen es an Konkretheit fehlt. Wir werden sehen, was geht. Denn am Ende entscheidet der „Haushaltsvorbehalt“. Finanzministerin Heinold wird am Ende zu entscheiden haben, was geht und was nicht.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Tel. 0173.6101705

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: redaktion@dpolg.sh

DPoIG SH bei Facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

Iltis 08/15 fahren Sie! Iltis???

Auch die Polizei befindet sich in einem steten Wandel. In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat sich die Polizei von einer stark hierarchischen Struktur, die weit weg vom Bürger war, in eine bürgernahe und offene Polizei entwickelt, in der jede Meinung und die Offenheit zur Veränderung, zur Verbesserung der Strukturen und des Miteinanders zählen und auch seitens der Landesführung gewollt ist und eingefordert werden. Die Polizei hat in ihrer Organisation erkannt, dass es nur mit den Mitarbeitern gemeinsam, also kooperativ funktioniert. Und dieser Wandel ist noch nicht abgeschlossen. Dieser Wandel wird wahrscheinlich auch nie abgeschlossen werden, denn unsere Gesellschaft befindet sich zu jeder Zeit aktiv im Umbruch – und die Polizei ist ein Teil der Gesellschaft.

Demnach muss sich die Polizei, müssen sich die Führungskräfte und die Mitarbeiter stetig mit diesem Wandel auseinandersetzen. Wir müssen gemeinsam schauen, was wir kooperativ verändern können, um uns noch besser und effizienter bei gleichzeitig großer Mitarbeiterzufriedenheit machen zu können.

Da gibt es viele große Baustellen, wie das Gebäude- und Fahrzeugmanagement, die Beschaffung und Erprobung neuer Einsatzmittel und Personalentwicklung, um nur einiges zu nennen. Aber auch kleine Dinge, kleinere Baustellen können zur Verbesserung der Stimmung, der Arbeitsmoral und -motivation beitragen.

Vor einigen Wochen sind ein paar Kollegen des PABR Ratzeburg mit so einer „kleinen Baustelle“ auch an den Kreisverband Ratzeburg der DPoIG SH herantreten und haben gefragt, ob der Funkrufname der Dienststellen für den Bereich des Landkreises Herzogtum-Lauenburg in der PD Ratzeburg noch zeitgemäß ist?

Vor vielen Jahren wurden die Funkrufnamen der einzelnen Polizeiinspektionen, die sich damals an den Landkreisen in Schleswig-Holstein orientierten, benannt. Viele Inspektionen bekamen Namen, die neutral und heimatbezogen klangen, wie zum Beispiel Trave (Lübeck), Kalkberg (Bad Segeberg) oder Stormarn (Bad Oldesloe) sowie Möwe (Kiel). Den Bereich des Kreises Herzogtum Lauenburg benannte man „Iltis“. Warum? Das weiß bis heute keiner so genau. Vielleicht lag dies an der schönen Landschaft mit Seen und vielen Wäldern im Landkreis, in denen man diverse Tiere dieser Gattung vermutete ... Aber

kommen wir zurück zur Eingangsfrage: Ist dieser Funkrufname im Lichte unserer heutigen Zeit und im Zuge der wahnsinnigen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten noch zeitgemäß?

Nachdem dieses Thema an den Kreisverband herangetragen wurde, hörten wir uns in der Fläche um und befragten „betroffene“ und „benachbarte“ Mitarbeitende und kamen so zum Schluss: Ja, der Rufname ist nicht mehr zeitgemäß! Eine Identifikation mit dem Namen „Iltis“ seitens der KollegInnen gibt es nicht oder kaum – anders als Mitarbeitende zum Beispiel aus den Kreisen Stormarn oder Trave. Vorschläge für einen neuen Funkrufnamen gibt es viele, wie zum Beispiel „Herzog“ oder „Bille“ sowie „Schaalsee“.

Wir als Kreisverband unterstützen die Initiative der KollegInnen des PABR Ratzeburg. Ein entsprechender Antrag auf Änderung oder Überarbeitung des Funkrufnamens ist bereits bei der PD Ratzeburg eingegangen und wird dort weiterbearbeitet.

Auch wir wissen, dass es zurzeit wichtigere oder schwerwiegendere Themen innerhalb der Polizei zu bearbeiten gibt, aber auch das Verstellen von kleineren, zunächst unbedeutend wirkenden Schräubchen kann einen großen Ertrag in Bezug auf die Mitarbeiter(innen)zufriedenheit und Motivation erbringen. Wer möchte denn auch schon durch seine Leitstelle und andere Kolleg(innen) offiziell als „stinkendes“ Raubtier bezeichnet werden?

*Christian Johannsen,
Vorsitzender Kreisverband
Ratzeburg, DPoIG SH*



© DPoIG SH

Neue alte Hausspitze im Kieler Innenministerium

Nach den Landtagswahlen im Mai 2022 haben sich mittlerweile die Koalitionäre aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen gefunden und die Marschrichtung für die kommenden fünf Jahre festgelegt.

Im Koalitionsvertrag sind die miteinander abgestimmten grundlegenden Absichten niedergeschrieben und festgelegt.

Für den Bereich Innen/Polizei sind darin deutliche Themen-schwerpunkte enthalten, an deren Umsetzungen sich die Regierung von nun an messen lassen muss.

Aus Sicht der Deutschen Polizeigewerkschaft sind gute und wichtige Punkte enthalten. Sie

Im Innenministerium, das von den Aufgabenbereichen neu zugeschnitten wurde und sich nun offiziell **Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport (MIKWS)** nennt, kam es auch zu personellen Veränderungen.

Neben der bisherigen und neuen Ministerin **Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack** gibt es zukünftig Verstärkung durch zwei neue Staatssekretäre:



© Frank Peter (3)

> Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack

Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung.

Erwähnenswert ist an dieser Stelle auch, dass der Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags zukünftig von **Jan Kürschner** (Bündnis 90/Die Grünen) geleitet wird.

Die **DPoIG Schleswig-Holstein** wünscht Innenministerin Sütterlin-Waack und ihrem neuen Team viel Erfolg bei der Fortsetzung ihrer politischen Arbeit und wird zeitnah Kontakt aufnehmen, um persönliche Kennenlerngespräche mit der neuen/alten Hausspitze zu vereinbaren.

*Frank Hesse,
stellvertretender
Landesvorsitzender*



> Staatssekretärin Magdalena Finke

entsprechen in weiten Teilen auch gewerkschaftlichen Forderungen. Man darf gespannt sein, wie sie in der parlamentarischen Arbeit nun angegangen und umgesetzt werden.

Insbesondere beim Thema „zusätzliches Personal“ muss sich aus Sicht der DPoIG dringend und schnell etwas bewegen, denn die Personalnot ist in vielen Arbeitsbereichen sehr groß.

Frau Magdalena Finke (35) ist Volljuristin, hat darüber hinaus aber auch berufliche Stationen im Deutschen Bundestag sowie im Schleswig-Holsteinischen Justizministerium hinter sich und daher bereits beeindruckende politische Erfahrungen vorzuweisen.

Herr Jörg Sibbel (57) war bisher Bürgermeister in Eckernförde und verfügt über langjährige



> Staatssekretär Jörg Sibbel

G7-Gipfel in Elmau – Einsatzbetreuung in großer Runde

Bereits vor dem Gipfel wurde innerhalb der DPolG-Familie bundesweit vom letzten G7-Gipfel in Elmau geschwärmt. Daher wollte ich mir diese Gelegenheit nicht entgehen lassen.



Vom 24. bis zum 29. Juni 2022 war ich zusammen mit Teams der DPolG Bayern, DPolG Bundespolizei, DPolG Niedersachsen, DPolG Bremen, DPolG Hamburg, DPolG Saarland, DPolG Rheinland-Pfalz sowie DPolG Baden-Württemberg, DPolG Hessen und DPolG Sachsen zur Einsatzbetreuung rund um den G7-Gipfel im Einsatz.

Versorgt mit Energydrinks, Coffeedrinks und Shakes als Zusatznahrung fuhren wir rund ums Einsatzgebiet so viele Kräfte wie möglich an. Ob Sammelplätze, Kontrollstellen oder Streckenposten, jeder wurde zu erreichen versucht; hierfür wurden sogar nachts Austauschhandlungen zur Materialauffüllung zwischen Teams unterschiedlicher Landesverbände durchgeführt!

Am letzten Abend mit den letzten Dosen des Gesamtein-

satzes konnte ich sogar noch persönlich unsere TE aus Eutin glücklich machen.

Neben der Dankbarkeit der Kolleg(inn)en genossen wir das bayerische Alpengebiet, auch wenn es meist abends mit Regen und Hagel daherkam!

Ein besonderer Dank gilt der DPolG Bayern für die Organisation und dem Team aus Niedersachsen und dem „Senioren-Team“ Unterfranken/Schwaben-Nord, die mich herzlichst unter ihre Fittiche nahmen.

Es war eine anstrengende, mit wenig Schlaf verbundene Zeit, die ich nicht missen will und zum Netzwerken nicht hätte besser sein können!

*Annabel Schröder,
stellvertretende
Landesjugendleiterin*



© DPolG Bayern (7)

